

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 215/292

Bezugspreis: monatlich 2,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverkäufer und unter Hausnummern entgegen. — Börsen-Course nur bei Bedarf von Subskribenten.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenzeilen mit 10 Zeilen hoch. — 10 Pfennig. — 10 Spaltenzeilen mit 10 Zeilen hoch. — 10 Pfennig. — 10 Spaltenzeilen mit 10 Zeilen hoch. — 10 Pfennig. — 10 Spaltenzeilen mit 10 Zeilen hoch. — 10 Pfennig.

Verkaufsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 11/12, Fernamt Zentrale 7801, 10 bis 12 Uhr an Redaktion 1400 und 5610. — Ostdeutschland Leipzig 30 512.

Donnerstag, 11. Dezember 1924

Verkaufsstelle Berlin Bernauer Str. 30, Fernamt Liniendruckerei 634, 10 bis 12 Uhr an Redaktion 1400 und 5610. — Ostdeutschland Leipzig 30 512.

Rücktrittsbeschluß des Reichskabinetts

Das Ergebnis der Kabinettsitzung

Verhandlungen über den Zeitpunkt des Rücktritts

Berlin, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Über die von 5 Uhr nachmittags bis kurz vor 9 Uhr anhaltende Kabinettsitzung wurde folgende amtliche Erklärung abgegeben:

Das Reichskabinettsbesitzung heute über die durch den Ausfall der Wahlen geschaffene Lage. Nach eingehender Aussprache beschloß es den alsbaldigen Rücktritt. Über den Zeitpunkt des Rücktritts wird sich der Reichskanzler mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen.

Der Auftakt zur Regierungsbildung

Berlin, 10. Dezember.

Was unser Berliner Schriftstellers. Nachdem der Reichskanzler heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen ist, veranlaßte er das Reichskabinetts heute nachmittag zu einer Sitzung, in der es sich schließlich werden will über die Neubildung der Regierung vor sich gehen soll.

Die Sitzung, die zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch anzuhalten, wird voraussichtlich in die nächsten Tagen zu bringen. Schon in den letzten Tagen habe man die Vermutung ausgesprochen, daß die Neubildung der Regierungsbildung im Reichsbund der in Preußen schließlich möglich ist und mit dem Reichspräsidenten gemeinsam können.

Speziell bestehen zwei Möglichkeiten: Erstens der sofortige Rücktritt der Regierung, der aber deshalb nicht zu empfehlen ist, weil in den wichtigsten Verhandlungen um die Handelsverträge und um die Wahrung des Reichsinteresses an der Neubildung der Regierungsbildung im Reichsbund der in Preußen schließlich möglich ist und mit dem Reichspräsidenten gemeinsam können.

man zunächst diesen beschriebenen Rücktritt wünschte, während der Reichskanzler sofort zurücktreten wollte.

Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 10. Dezember.

Seine vormittag 11 Uhr ist der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei in Berlin zu einer Beratung zusammengetreten, in der es sich in erster Linie um die Neubildung der Reichsregierung handelte. Die Verhandlungen dauerten eine Stunde nach an und wurden vertraulich geführt. Es läßt sich jedoch aus Informationen aus vorkabinetlichen Kreisen (sicher damit rechnen, daß der Parteivorstand, und zwar voraussichtlich einmütig, die Auffassung der Reichsregierung in der Richtung auf eine breitere Koalition, also in der Richtung einer Reichsregierung, zu suchen ist.

Der Zusammenbruch des Völkischen Blocks

München, 10. Dezember.

Wie wir erfahren, ist nunmehr auch der Abgeordnete Graf von Kreuzberg aus der Landtagsfraktion des Völkischen Blocks ausgetreten.

Die Reform der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen

Berlin, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung zunächst mit der Vorberatung über die Bewirtschaftung möblierter Zimmer und Bezugswohnungen. Durch die Verordnung wird (wie wir bereits gestern im letzten Heft unseres Blattes berichteten, D. Schriftl.) die Zwangswirtschaft möblierter Zimmer aufgehoben, ferner wird bestimmt, daß eine Preisbindung der Bezugswohnungen nicht mehr besteht, und die bereits vor dem 1. Juli 1918 gewerblich im Sinne der Reichspreisverordnung benutzt wurden, nicht mehr zulässig ist. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Staatsrat Bedenken entgegenbringt, daß aus dem für allgemeine Zwecke bestimmten Anteil der Staatssteuer ein Teil für fiskalische Zwecke Verwendung gefunden hat. Mit 33 gegen 22 Stimmen wurde der weitere Antrag der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt, wonach der Staatsrat die schwebende Bewirtschaftung der Wohnungen nicht in Preußen empfiehlt. Für die Verabschiedung stimmten die Sozialdemokraten und das Zentrum.

Freiherr v. Malahn Botschafter in Washington

Berlin, 10. Dezember.

Die immer wieder demontierte Nachricht von der Entsendung des Washingtoner Botschafters Freiherr v. Malahn wird nun doch bestätigt. Der bisherige Botschafter Weichelt wird wenigstens seinen Posten als Direktor der Krupp-Werke wieder übernehmen, und dann wird Freiherr von Malahn nach Washington abgeordnet. Er belohnt durch den Vollen eines Staatssekretärs im auswärtigen Amt, der nach dem Bringe geschaffen wurde, um bei dem künftigen Wechsel in der Leitung des Außenministeriums die Kontinuität in der Außenpolitik zu sichern. Freiherr v. Malahn hat an der deutschen Politik während der Ausarbeitung des Sachverständigenkomitees und während der Londoner Konferenz sowie in der Völkerbundpolitik hervorragenden Anteil genommen. Während des Aufenthaltes des amerikanischen Staatssekretärs Hughes in Berlin hatte er Gelegenheit, mit diesem persönlich in Verbindung zu treten. Sein Nachfolger im auswärtigen Amt ist Herr v. Schubert, der Führer der deutschen Handelsdelegation in London, der für Deutschland den Handelsvertrag mit England unterzeichnet hat.

Amerikanisches Pöbel für die Kampftätigkeit des deutschen Soldaten

Paris, 10. Dezember.

„New York Herald“ meldet aus Washington: Generalmajor Gullard hat die Befehle aufgestellt, daß der deutsche Soldat in Frankreich die Kampftätigkeit von drei alliierten Soldaten aufgewogen habe. Gullard führte auf dem französischen Kriegsschauplatz die erste amerikanische Division und kann daher sicher ein objektives Urteil über den Kampfwert der deutschen Soldaten abgeben. Infolge seiner Stellungnahme wird er jetzt von ententefreundlichen Offizierskreisen scharf angegriffen. Die Debatte hat einen so lebhaften Charakter angenommen, daß mit einer offenkundigen Weisung zur Beendigung des Streits geredet wird.

Das bayerische Konkordat

München, 10. Dezember.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat gestern das Konkordat zwischen Rom und Bayern und dem Vertrag Bayerns mit den beiden evangelischen Landeskirchen. Dem Vertragwunsch der Bistümer und der Katholiken bezeugte Ministerpräsident Dr. Held mit dem Hinweis auf die vorhergegangene Befragung der Reichsregierung, daß der bayerische Staatsregierung seiner Auffassung nach gar nicht beizustimmen sei. Der von der bayerischen Volkspartei gestellte Berichterstatter Dr. Spangenberg rühmte die neuen Kirchenverträge, die die Staatsverpflichtung Bayerns betonen und den konfessionellen Forderungen dienen, und behauptet ihre Übereinstimmung mit der Reichsregierung. Heute vertrat Ministerpräsident Dr. Held nochmals den Standpunkt, daß Bayern an sich selbständigen Beschluß des Konkordats berechtigt sei und glaubt, daß die von Professor Hoffmayer im bayerischen Landtag erhobenen Bedenken durch eine eingehende sachliche Darstellung im Landtag beseitigt werden können. Staatsminister Dr. Witt vertritt, daß der Protest gegen die bayerischen Konfessionsschulen nur von einem Gesichtspunkt der bayerischen Verfassung her erhoben werden, während ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung gegen die Gemeinschaftsschule protestiert haben. Die bayerische Regierung sei in dem neuen Konkordat mit der päpstlichen Kurie ausschließlich auf die Schulfrage eingegangen, weil alles getan werden müsse, um die christliche Schule weiter zu erhalten, und weil die Bevölkerung Bayerns in der Hauptsache auf dem Boden der christlichen Weltanschauung liege. Die Lehrer als Staatsbeamte müßten sich eben die Konfessionszugehörigkeit ihrer persönlichen Freiheit gefallen lassen.

Im Verfassungsausschuß sprachen heute der sozialistische Staatsanwalt Böger, der Kommunist Strofer und der Auftrags Dr. Müller gegen die Kirchenverträge und ihre Aufhebung wurde das Konkordat als Anstoß für die Kirche in die für Bayern angelegte Beratung der Kirchenverträge im Landtagsplenum von der Tagesordnung wieder abgesetzt.

Die evangelische Gemeinde hat sich den Bedenken des Freiherrn v. Malahn und des Ministers Traub gegen das neue Konkordat und die Kirchenverträge ausgesprochen.

Geführter Separatistenterror

Zweibrücken, 9. Dezember.

Das hiesige Schwurgericht beurteilte den 23jährigen Heinrich Schindlbeckers aus Pirmasens wegen Totschlagsversuchs und Körperverletzung zu 2½ Jahren Gefängnis, wobei wegen Totschlagsversuchs mildernde Umstände zugrunde gelegt wurden. Der sachliche vorberichtigte Angeklagte gehört zu jenen separatistischen Elementen, die den Seidenen der Stadt Pirmasens bilden.

Ein deutscher Protest an Litauen

Die litauische Regierung und der „Putschversuch“ in Memel

Berlin, 10. Dezember.

Wie dem Romaner Kriegsgericht beginnt dieser Tage der Prozess gegen 17 junge Leute aus Memel, die vor einem Monat den Putsch gegen die Vereinigung Memels mit Litauen versucht haben sollen.

Die litauische Regierung hat in einer Note an die deutsche Regierung gegen die Gewaltsamkeit des Memel-Putsches Einspruch erhoben. Zunächst wird die Unabhängigkeit des Romaner Kriegsgerichts angefochten, da das Memel nach dem Autonomiestatut eine eigene Gerichtsbarkeit hat. Die Aufhebung der Reichsregierung, für die der Memel-Putsch reibungslos Vorbereitungen zu treffen, wurde von Litauen mit der Begründung abgelehnt, daß sich unter den Memel-Putschern nur ein Memel-Putschler befände und daß es schwer wäre, einen einzelnen gefangen zu nehmen. Die litauische Regierung forderte aber, für die zu erwartende Anteil der Romaner Kriegsgerichts eine Verurteilung zuzustimmen, die dem memel-Putschler nicht angeht. Bei der Verurteilung abweichende Behandlung aller Einwohnern der litauischen Reichsregierung ist zu erwarten, daß nach der Verurteilung

Verbindung aus die zweiseitige Verurteilung hinreichend ist. Wenn man bedenkt, daß das Memelgericht erst durch einen litauischen Mandatär, der allerdings von der Reichsregierung nachträglich gebilligt wurde, Litauen angegliedert worden ist, und daß die litauische Regierung mit allen Mitteln die Aufhebung memelischer Landesbehörden unternimmt, noch ein solches Verhalten Litauens in der Memel-Putsch-Affäre nicht als unzulässig anzunehmen, daß die Haltung der litauischen Regierung das nachträgliche Verhältnis zwischen Deutschland und Litauen angenehmer gestaltet.

Das Ende des Systems Degoutte

Paris, 10. Dezember.

Der Kriegsminister, General Nollet, hat den General Georges, der als die „redigé hand“ Degouttes im Auftrag bekannt war, von seinem Posten im besetzten Gebiet abberufen und hat im Degoutte entlassen. Der General Degoutte hat als Mitglied des Exekutivrates eine ehrenvolle Entlassung erhalten, bei der ihm der General Georges Gesellschaft leisten kann. Die „Ere Nouvelle“ ruft: „Drao, Nollet!“ Aber die Zeitung teilt in der gleichen Nummer mit, daß in den Garnisonen des besetzten Gebietes die Zeitungen „Ere Nouvelle“, „Le Ceuvre“ und „Quotien“ verboten sind. Außer den Informationsblättern werden von der Militärbehörde als Lesefürer für die Soldaten nur „Echo de Paris“, „Action Française“ und der „Temps“ geduldet. Die „Ere Nouvelle“ glaubt, daß die Regierung diese tendenziöse Verfügung aufheben wird.

Die Goldsendungen aus Amerika

Washington, 10. Dezember.

Der gestern vom Bankhaus Morgan verbriefte neue Goldtransport von zwei Millionen Dollar an die Reichsbank über Hamburg heißt wiederum in Frage. Die Verbriefungen sollen fortgesetzt werden und zwar durchschnittlich fünf Millionen Dollar wöchentlich, bis der gesamte Betrag des amerikanischen Anteils an der Reparationsanleihe dem Goldpot der Reichsbank zugeführt ist.

en.
hen
Rele-
Atken-
etachen,
aller Art.
Preis.
er,
gr. 1922.
nähmen
reisen.
200
ends 8 Uhr
onzert
ers.
uft nur
her
ailgeschäfts
at nach
eschäft
erriecht
von
Wesner
theater.
en K.-Z. im
aus.
en 3-5 Uhr
h für die
tschule.

Dannoverische ... vom. Gese. Helfst...
Sommer. Die Gesellschaft schlägt die Zusammenlegung der...

Wetapiere.

Berlin, 10. Dezember. Auf dem weiteren Verkauf übermorgen...

Brennführer 10. Dezember. Die heutige Börse schiedete...

Amburg, 10. Dezember. Die heutige Börse verkehrte...

niedriger gefacht. Von heimischen Industrieunternehmen...

Beitrag 10. Dez. (Freibriefe) ...

Uebertren.

Berlin, 10. Dezember. Vorkurszeit 2185, Brief 2195...

Produkte.

Berlin, 10. Dezember. Bei verhältnismäßig befriedigenden...

gering. An Gerste, Getreide und Futtermitteln ist die Nachfrage...

Druck und Verlag von Otto Hinke.

Reiter der Redaktion: Wolf Hinke.

Verantwortlich für die Redaktion: Wolf Hinke. Dr. Erich...

Berliner Börse vom 10. Dezember 1924

Table with multiple columns for market data including 'Kurs in RM für 100 M', 'Werte A23', 'Berliner Börse vom 10. Dezember 1924', and 'Devisen-Kurse der Börse zu Wien (in RM)'. Includes various stock prices and exchange rates.

Weitere Berliner Kurse.

Table with multiple columns for additional market data, including 'Hamburg-Berlin', 'Hamburg-Berlin', 'Hamburg-Berlin', and 'Hamburg-Berlin'. Lists various companies and their stock prices.

